

3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungsort: Kreishaus Aurich, Sitzungssaal 1.106, Fischteichweg 7 - 13, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 21.06.2012	Sitzungsbeginn: 15:08 Uhr	Sitzungsende: 17:07 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Mitglieder		
Behrends, Kuno	SPD	
Bruns, Christof		
Carow, Johanne	FW	
Eiben, Florian		
Frerichs, Theo	CDU	
Hülsebus, Dieter		
Kleinert, Ingeborg	SPD	Vertretung für Anita Biller
Kliedelhöfer, Carsten	GRÜNE	
Lüppen, Christel	SPD	Stellvertretende Vorsitzende
Meyerholz, Hans-Gerd	GFA	
Molitor, Tim		
Odens, Roelf	CDU	
Pansegrau, Ute		
Rinschede, Klaus		
Roß, Helmut	SPD	Vertretung für Herrn Sascha Pickel
Grundmandat		
Roß, Jan	DIE LINKE	
Beratende Mitglieder		
Ewen, Christian		Vertreter des Jobcenters
Grensemann, Monika		Erzieherin aus dem Kita-Bereich
Harms, Karin		Jugendschutzbeauftragte Polizei Aurich Vertretung für Frau Karin Imhoff

Hillen, Anette	Lehrkraft, die von der unteren Schulbehörde ernannt wird
Hohensee, Maren	Richterin des Jugendgerichts
Holle, Stefanie	Vertreterin der kath. Kirche
Homann, Jürgen	Kreisjugendpfleger
Kostka, Anja	Vertreterin der ev. Kirche Vertretung für Herrn Klaas Grensemann
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Rewerts, Silke	Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Aurich Vertretung für Frau Frauke Jelden
Störiko, Andrea Dr.	Jugendärztlicher Dienst des Gesundheitsamtes
Tobiassen, Bernd	Interessenvertreter ausländische Kinder u. Jugendliche
Wunsch, Jutta	Leiterin des Fachamtes
Verwaltung	
Buss, Thomas	Protokollführer

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Pickel, Sascha	SPD
----------------	-----

Beratende Mitglieder

Imhoff, Karin	Jugendschutzbeauftragte Polizei Aurich
Jelden, Frauke	Gleichstellungsbeauftragte Landkreis Aurich

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | |
|----|--|
| 1. | Eröffnung der Sitzung |
| 2. | Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit |
| 3. | Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 05.03.2012 |
| 4. | Antrag der SPD-Fraktion vom 26.03.2012: Qualitätssicherung im Bereich frühkindlicher Förderung - Projektförderung die in den Einrichtungen ankommt
Vorlage: VIII-AF/2012/007 |
| 5. | Beschlussfassung über die Einführung einer Projektförderung für Kindertagesstätten zur Unterstützung frühkindlicher Bildung
Vorlage: VIII/2012/120 |
| 6. | Antrag der SPD-Fraktion vom 26.03.2012: Qualitätssicherung im Bereich frühkindlicher Förderung - Information der Eltern über Unterstützungsangebote in Fragen der Kindesentwicklung
Vorlage: VIII-AF/2012/006 |

7. Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes: Netzwerkkoordination, Informationsdienst, Frühe Hilfen
Vorlage: VIII/2012/118
 8. Beschlussfassung über die Erhöhung der personellen Ressourcen in der Vollzeitpflege zur Weiterentwicklung der Betreuungsqualität und
Vorlage: VIII/2012/119
 9. Wahl eines beratenden Mitgliedes für die Interessenvertretung des Kinderschutzes
Vorlage: VIII/2012/121
 10. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
 11. Schließung der Sitzung
-

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die stellvertretende Vorsitzende eröffnete um 15:08 Uhr die 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßte die Mitglieder.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Abgeordnete Carow rügte die ordnungsgemäße Ladung, da ihr diese erst am 14.06.2012 zugegangen sei.

EKR Dr. Puchert erläuterte unter Verweis auf die einschlägige Kommentierung zum Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz, dass die Frist als gewahrt gelte, sofern die Ladung acht Tage vor Sitzungsbeginn zur Post aufgegeben wurde. Maßgebend sei der Zeitpunkt der Versendung, nicht jedoch der Zeitpunkt des Zugangs. Diesbezüglich liege das Risiko beim Empfänger. Nachdem die Ladung nachweislich am 13.06.2012 verschickt wurde, sei diese somit fristgerecht erfolgt.

Die stellvertretende Vorsitzende stellte daraufhin fest, dass der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig ist.

Mit Blick auf die Seitens der Fraktionen gestellten Anträge erweiterte die stellvertretende Vorsitzende die Tagesordnung um Punkt 4a (Änderungsantrag der Grünen), Punkt 6a (Änderungsantrag der Grünen), Punkt 6b (Änderungsantrag der Freien Wähler).

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 05.03.2012

Der Jugendhilfeausschuss beschloss bei fünf Enthaltungen wegen Nichtteilnahme die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 05.03.2012 zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 5
➔ mehrheitlich beschlossen



TOP 4 Antrag der SPD-Fraktion vom 26.03.2012: Qualitätssicherung im Bereich frühkindlicher Förderung – Projektförderung die in den Einrichtungen ankommt
Vorlage: VIII-AF/2012/007

Auf Vorschlag der stellvertretenden Vorsitzenden wurde die Beratung und Beschlussfassung zum Antrag der SPD-Fraktion im Rahmen der Beschlussvorlage zu Punkt 5 der Tagesordnung vorgenommen.

TOP 5 Beschlussfassung über die Einführung einer Projektförderung für Kindertagesstätten zur Unterstützung frühkindlicher Bildung
Vorlage: VIII/2012/120

Hinsichtlich des Antrages der SPD-Fraktion zur Qualitätssicherung im Bereich frühkindlicher Bildung stellte **Abgeordnete Carow** die Zustimmung der Freien Wähler nur für den Fall in Aussicht, dass der aufzuwendende Betrag von 50.000 € von der Finanzierung des Gütesiegels in Abzug gebracht werde. Dieser Überlegung liege der Sparwille der Fraktion der Freien Wähler zugrunde.

EKR Dr. Puchert erläuterte, dass die Finanzierung des Gütesiegels mit den Gemeinden abgestimmt und der Landkreis entsprechend vertraglich gebunden sei. Im Übrigen gab er zu bedenken, dass im Finanzausschuss dem SPD-Antrag auch seitens der Fraktion der Freien Wähler hinsichtlich der Finanzierung zugestimmt wurde. Unabhängig davon sei es jedoch befremdlich, dass die im Wege des Gütesiegels an die Gemeinden weitergeleiteten Gelder nicht an die Kindertageseinrichtung weitergeleitet würden. Dies werde man jedoch im Rahmen der Vertragsverhandlungen, die für den Anfang des Jahres 2013 geplant seien, berücksichtigen.

Abgeordneter Ross wies darauf hin, dass explizit beschlossen wurde, auch Kitas mit Gütesiegel in den Genuss der Projektförderung kommen zu lassen. **EKR Dr. Puchert** ergänzte, dass eine Ausgrenzung von Einrichtungen vermieden werden müsse. Aus diesem Aspekt heraus, müsse die Projektförderung gleichermaßen für alle Kindertagesstätten in Anspruch genommen werden können.

Herr Eilers äußerte sich gegenüber der Beschlussvorlage positiv, erkundigte sich jedoch nach den Fördermodalitäten bzw. hinsichtlich einer Richtlinie, was im Einzelfall förderfähig sei. **EKR Dr. Puchert** bat, diesbezügliche Fragen zunächst zurückzustellen und den Vortrag des Fachberaters für Kindertagesstätten, Herrn Salge, abzuwarten.

Abgeordneter Behrends konkretisierte den mit dem Antrag verfolgten Anspruch der SPD-Fraktion. Ziel sei es, die Förderung für alle Einrichtungen breit aufzustellen. Nach dem Motto „Best Practice“ solle es dabei ausdrücklich möglich sein, gute Ansätze von anderen Kindertageseinrichtungen zu übernehmen. **Abgeordneter Kliegelhöfer** sah sich dem „Best Practice“ im Prinzip gegenüber nicht abgeneigt, favorisierte in diesem Zusammenhang jedoch eine Förderung von Kindertagesstätten, die bislang kein Gütesiegel verliehen bekommen hätten. Zielsetzung seiner Fraktion sei die vorrangige Förderung schwächerer Kitas.

EKR Dr. Puchert skizzierte, dass die Qualitätssicherung im Bereich der Kindertagesstätten als offener und nicht zeitlich nicht begrenzbarer Prozess anzusehen sei. Unabhängig von der Tatsache, dass das Geld aus dem Gütesiegel nicht bei den geförderten Kitas ankomme, sei eine Segregation zu vermeiden.



Im Anschluss erteilte die **stellvertretende Vorsitzende** dem Fachberater für Kindertagesstätten des Amtes für Kinder, Jugend und Familie, Herrn Salge das Wort. Herr Salge stellte anhand der dem Protokoll beigefügten Präsentation die geplante Projektförderung in den Kindertagesstätten vor.

Abgeordneter Kliegelhöfer sah es als Kompromiss, im Zuge der Projektauslobung zwischen einer Gruppe mit Gütesiegel und einer Gruppe ohne Gütesiegel zu unterscheiden. Aus seiner Sicht wäre die Motivationslage anders, wenn man sich „im eigenen Kreis“ um die Projektförderung bewerben würde.

Diplom Soz.-Päd. Homann entgegnete, dass den Kommunen für die Qualitätsentwicklung in den Kitas, die das Gütesiegel nicht erreicht hätten, bereits einen Betrag von 420.000 € zur Verfügung gestellt wurde. Es sei demnach Sache der Kommunen, dieses Geld direkt den betreffenden Kindertagesstätten zur Verfügung zu stellen. Die Projektförderung sei daneben als ein zusätzliches Instrument anzusehen. Sofern eine Kindertageseinrichtung das Gütesiegel nicht erreicht habe, lägen dem in der Regel zudem strukturelle Probleme zu Grunde, die nicht im Rahmen einer Projektförderung gelöst werden könnten.

Herr **Molitor** sah in der Projektförderung dennoch die Chance, Qualität auch in den Kindertagesstätten zu steigern, die nicht das Gütesiegel erreicht hätten. Seiner Erfahrung nach seien Kinder auch sehr motiviert, gänzlich neue Sachen, wie sie durch die Projektförderung erst umgesetzt werden könnten, auszuprobieren.

Abgeordneter Meyerholz sah in dem Förderprogramm grundsätzlich eine gute Idee. Mit Blick auf das Defizit des Landkreises müsse der Vertrag mit den Gemeinden im Jahr 2013 seiner Ansicht nach dahingehend geändert werden, dass das an die Kommunen weitergeleitete Geld auch tatsächlich den Kindertagesstätten zur Verfügung gestellt werde. Im Angesicht einer zweckgebundenen Weiterleitung der Geldmittel sei das Förderprogramm nicht notwendig. Angesichts des Haushaltsdefizits sei es derzeit jedoch nicht möglich, zusätzliche Aufgaben zu übernehmen. Aus diesem Grunde werde die Fraktion der GfA der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Abgeordnete Carow unterstützte die Einschätzung von Abgeordnetem Meyerholz und bat, die Beschlussvorlage bis zum Jahr 2013 zurückzustellen. Mit Blick auf das anschließende Votum des Jugendhilfeausschusses stellte die **stellvertretende Vorsitzende** fest, dass eine gesonderte Abstimmung über die zu diesem Tagesordnungspunkt eingereichten Änderungsanträge nicht erforderlich ist.

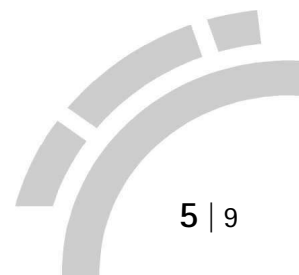
Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 8 Nein-Stimmen: 4 Enthaltungen: 3
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 6

Antrag der SPD-Fraktion vom 26.03.2012: Qualitätssicherung im Bereich frühkindlicher Förderung – Information der Eltern über Unterstützungsangebote in Fragen der Kindesentwicklung
Vorlage: VIII-AF/2012/006

Auf Vorschlag der **stellvertretenden Vorsitzenden** wurde die Beratung und Beschlussfassung der Anträge zu diesem Tagesordnungspunkt im Rahmen der Beschlussvorlage zu Punkt 7 der Tagesordnung vorgenommen.



TOP 7 Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes: Netzwerkkoordination, Informationsdienst, Frühe Hilfen
Vorlage: VIII/2012/118

Abgeordneter Behrends fand in der Beschlussvorlage der Verwaltung die Ausführungen der SPD-Fraktion wieder und hielt aufgrund dessen eine weitere Stellungnahme diesbezüglich für nicht erforderlich. **Abgeordneter Kliegelhöfer** stellte dies auch im Bezug auf den Änderungsantrag der Fraktion der Grünen fest und schlug vor, zunächst den Antrag der Fraktion der Freien Wähler zu erläutern. **EKR Dr. Puchert** schloss sich diesem Vorschlag an und bat seitens der Fraktion der Freien Wähler um Darstellung des von dort eingereichten Änderungsantrages.

Im Austausch mit **EKR Dr. Puchert** nahm **Abgeordnete Carow** von dem Vorhaben Abstand, den Änderungsantrag der Freien Wähler vollständig vorzulesen und Punkt für Punkt im Wege einer dezidierten Beantwortung die aufgeworfenen Fragen zu klären. Vereinbart wurde stattdessen, den Antrag im Anschluss an die Vorstellung der Verwaltungsvorlage allgemein zu erläutern und etwaige Fragen zu klären. Im Anschluss stellte **KOAR Wunsch** die von der Verwaltung gefertigte Beschlussvorlage anhand der dem Protokoll beigefügten Präsentation vor.

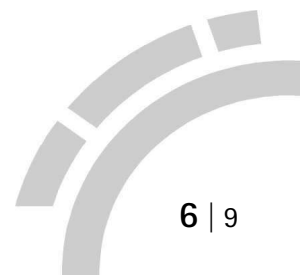
Auf die Frage von **Herrn Molitor** entgegnete **KOAR Wunsch**, dass ein großes Netzwerk geplant sei, in dem sich auch die Vereine und Verbände wiederfinden würden. **Diplom Soz.-Päd. Homann** ergänzte, dass Zielsetzung die Schaffung von Angeboten für junge Familien sei und in diesem Zusammenhang insbesondere die Sportvereine eine bedeutende Rolle spielen.

Auf Nachfrage von **Abgeordneten Meyerholz** stellte **KOAR Wunsch** den Personalbedarf mit 3,5 Stellen bei einem Gesamtvolumen von 172.200 € dar. Gleichzeitig seien Sachkosten von 50.000 bis 75.000 € für die Entwicklung der Tasche einzukalkulieren, die im Rahmen der Willkommensbesuche den Eltern überreicht werden solle. Kalkuliert werde anfangs mit einem Betrag von 50 € je Geburt, wobei von einem dynamischen Entwicklungsprozess auszugehen sei.

Abgeordnete Carow lehnte den Antrag ab, da dieser in der Ablauforganisation in dieser Form nicht bezahlbar sei. Das Gesetz sage zwar aus, dass jeder Elternteil informiert werden solle. Jedoch würde es reichen, wenn diesbezüglich über die Hebammen ein Buch verteilt werden würde. Sie halte es für schwierig, wenn in dieser Situation das Jugendamt „aufkreuzen“ würde. Die Eltern würden sich dadurch entmündigt fühlen.

Abgeordnete Carow führte weiterhin aus, dass das Gesetz nur die Informationsvermittlung vorsehe. Problemfamilien könnten ihrer Einschätzung nach in diesem Zusammenhang nicht erkannt werden. Hinsichtlich der Kosten rechnete **Abgeordnete Carow** vor, dass pro Arbeitskraft im Besuchsdienst 40.000 € anzusetzen seien, für die Netzwerkkoordination 50.000 €, für die Familienhebammen 80.000 €. Für die fachärztliche Begleitung seien weitere 6.000 € sowie 10% für Sachkosten und nicht zuletzt das Begrüßungspaket mit 150.000 € zu berücksichtigen. Ausgehend von einem Gesamtbetrag von 400.000 € und einer von ihr errechneten Förderung des Bund von 100.000 € seien von einem Finanzierungsbedarf von 300.000 € auszugehen. Unter Verweis auf die Ausführungen im Änderungsantrag der Fraktion der Freien Wähler sei dies aus ihrer Sicht übertrieben und in dieser Form nicht notwendig.

Im Gegensatz zur Berechnung im Antrag der Fraktion der Freien Wähler erläuterte **KOAR Wunsch** den Finanzierungsbedarf mit zwei Vollzeitstellen der Entgeltgruppe S11 TVöD SuE zu je 49.500 €, einer halben Verwaltungsstelle der Entgeltgruppe EG8 TVöD mit



21.200 €, einer Vollzeitstelle nach Entgeltgruppe S12 TVöD SuE mit 52.000 € sowie einem Betrag von 50.000 bis 75.000 € an Sachkosten. Insgesamt sei daher zunächst mit einem Finanzbedarf von 222.200 € zu rechnen, wobei die erforderlichen Sachkosten mit der Ubbo-Emmius-Klinik neutral ausgehandelt wurden.

Diplom Soz.-Päd. Homann wies in diesem Zusammenhang auf das große Interesse der Ubbo-Emmius-Klinik hin, das im Rahmen des Aushandlungsprozesses seitens des Amtes für Kinder, Jugend und Familie wahrgenommen werden konnte. Ferner seien die erforderlichen Stellen seitens des Kreistages in seiner Sitzung am 19.04.2012 bereits in den Stellenplan aufgenommen worden. Es gehe daher nur darum, die bereits bewilligten Stellen nunmehr mit Personal zu besetzen.

Abgeordneter Odens kritisierte mit Blick auf mehrere Geburten innerhalb einer Familie die Bindung von Finanzmitteln, wo diese nicht nötig seien. **EKR Dr. Puchert** entgegnete, dass familiäre Defizite nicht von vorn herein erkennbar seien. Aus diesem Grunde sei eine Konzentration auf hilfsbedürftige Familien nicht ohne Weiteres möglich. Der richtige Ansatz sei daher, frühzeitig den Landkreis Aurich als Unterstützersystem positiv zu besetzen und nicht problembehaftet an die Familien mit einem Eingriff heranzugehen. Es biete sich die Chance zum Aufbau eines sympathischeren Bildes der Verwaltung.

Herr Eiben wies darauf hin, dass das skizzierte System auf das sogenannte Dormagener Model zurückgehe. Wichtig sei ein niedrigschwelliger Erstkontakt herzustellen und eine Selektion und Segregation zu vermeiden. Er sah das Gesamtkonzept als eine neue Art von Wirtschaftspolitik, die zwar Geld koste, dem Landkreis Aurich jedoch langfristig Finanzmittel im Rahmen der Prävention einspare.

Abgeordnete Carow unterstützte die Einschätzung von **Herrn Eiben**, wandte sich jedoch weiterhin gegen Hausbesuche seitens des Jugendamtes. Ihrer Ansicht nach seien Ärzte und andere Institutionen neben dem Jugendamt in der Lage, Probleme zu erkennen und zu melden. Das Gesetz sage nicht aus, dass das Jugendamt jede Familie zu besuchen habe. Dem gegenüber sei jedoch Netzwerkkoordination sinnvoll und ihrer Ansicht nach zur Erzielung von Einsparungen mit anderen Aufgaben zusammenzuführen. In diesem Zusammenhang sei ihre Vorstellung, einen Arbeitskreis zum weiteren Vorgehen zu bilden.

Herr Molitor hob dem gegenüber das Anliegen des Gesetzgebers zur Unterstützung junger Familien vor. Seiner Meinung nach sei es völlig in Ordnung, wenn Fachleute vor Ort die Familien besuchen und beraten würden. Dies sei keine Entmündigung sondern ein Angebot der Unterstützung.

Abgeordneter Behrends schloss sich dieser Auffassung an und betonte die große Wichtigkeit, möglichst viele Familien zu unterstützen. In diesem Zusammenhang sei jeder in die Jugendhilfe investierte Euro gut angelegtes Geld.

Auch **Abgeordneter Kliegelhöfer** schloss sich dieser Auffassung an und unterstrich, dass Investition und Prävention der richtige Weg sei. Ein früherer Zugang auf die Familien könne seiner Ansicht nach Hemmungen abbauen und diese in die Lage versetzen, Hilfsangebote anzunehmen. **Frau Koska** sah dies ähnlich und zeigte sich insbesondere gegenüber der Einbeziehung und Verstärkung des Projektes „Gesunder Start“ positiv.

Abgeordneter Frerichs unterstützte die Aussage von **Abgeordnete Carow**. Er sieht Eltern anlässlich der Geburt bereits mit einer Vielzahl von Geschenken und Präsenten „überhäuft“ und bewertete das Begrüßungspaket daher als überflüssig. Dies gelte auch im Bezug auf das Personal, zumal aus seiner Sicht schon über die Hebammen-Sprechstunde ein sehr guter Kontakt herzustellen sei. Er plädierte dahingehend, künftig die Eltern vielmehr in die Eigenverantwortung zu nehmen.

Abgeordneter Meyerholz berichtete, dass er sich vor drei bis vier Jahren eingehend mit dem Dormagener Model beschäftigt habe. Er wies darauf hin, dass die Kosten in diesem Zusammenhang seinerzeit gesunken seien. Der Änderungsantrag der Freien Wähler habe ihn irritiert, seitens der Verwaltung wurden jedoch viele Sachen richtiggestellt. Er sah in der Beschlussvorlage als ersten Schritt auf dem Weg in das Dormagener Model, den seine Fraktion unterstützen werde.

Abgeordneter Kliegelhöfer machte deutlich, dass heutige Familien nicht mehr mit den Familien früherer Art vergleichbar seien. Die Welt habe sich dahingehend geändert, dass Familien auf eine niedrigschwellige und frühzeitige Unterstützung angewiesen seien. Jugendhilfe fange daher schon beim kleinen Kind an.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 1 Enthaltungen: 2
➔ **mehrheitlich beschlossen**

TOP 8 Beschlussfassung über die Erhöhung der personellen Ressourcen in der Vollzeitpflege zur Weiterentwicklung der Betreuungsqualität und
Vorlage: VIII/2012/119

Unter Verweis auf die entsprechenden Ausführungen von EKR **Dr. Puchert** im letzten Kreistag trug **Diplom Soz.-Päd. Homann** den Inhalt der Sitzungsvorlage und die mit der Vorlage übersandten Anlagen vor. Ergänzend zur Vorlage sei bei einer Eingruppierung von S14 TVöD SuE mit zusätzlichen Personalkosten von 57.000 € jährlich zu rechnen.

Auf Nachfrage von **Abgeordneten Carow** erläuterte **Diplom Soz.-Päd. Homann**, dass unter Overhead-Arbeiten Aufwendungen zu verstehen seien, die sich nicht direkt am Kind orientieren. Hierzu gehörten z. B. gemeinsame Ferienmaßnahmen etc.

Frau Harms bat, die Formulierung hinsichtlich des Auskunftsystems „Nivades“ zu korrigieren und richtigerweise als „polizeiliche Auskunftssysteme“ zu bezeichnen.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 9 Wahl eines beratenden Mitgliedes für die Interessenvertretung des Kinderschutzes
Vorlage: VIII/2012/121

Diplom Soz.-Päd. Homann und **Abgeordnete Carow** stellten die eingegangenen Vorschläge zur Wahl eines Mitgliedes für die Aufgaben des Kinderschutzes vor. Auf Vorschlag der stellvertretenden **Vorsitzenden** wurde seitens der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses sodann eine geheime Abstimmung durchgeführt.

Nach Auszählung der abgegebenen Stimmen gab die stellvertretenden Vorsitzende bekannt, dass auf Frau Maike Farny-Carow 4 Stimmen und Herrn Dietmar Kluin 11 Stimmen entfallen waren.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt damit dem Kreistag, Herrn Dietmar Kluin als beratendes Mitglied für den Kinderschutz in das Gremium zu wählen und Frau Maike Farny-Carow zu seiner Stellvertreterin zu bestimmen.

TOP 10 Verschiedenes, Wünsche, Anregungen

Wünsche und Anregungen lagen nicht vor.

TOP 11 Schließung der Sitzung

Die stellvertretende Vorsitzende schloss um 17.07 Uhr die 3. Sitzung des Jugendhilfeausschusses und wünschte allen Anwesenden einen guten Nachhauseweg.

Christel Lützen
Stellvertretende Vorsitzende

Thomas Buss
Protokollführer/in